Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bemerkenswerter Auftritt in Davos: “Wir erleben gerade einen tiefen Riss”
2. Transatlantische Beziehungskrise mit den USA: Wenn der Beschützer zum Aggressor wird
3. Huawei und ZTE aus Netzen verbannen
4. Rohstoffe sichern? Das eigentliche Problem liegt woanders.
5. Trump veröffentlicht Privatnachricht: Macron schlägt G7-Treffen mit Russland und Dänemark am Donnerstag vor
6. Der Drang der US-Milliardäre zur Weltmacht
7. Hoffnung auf das andere Amerika
8. Der Schock des Entzugs
9. Kampf statt Kapitulation
10. Sparjahre für alle? Nicht für die obersten zehn Prozent
11. Ex-Ermittlerin Brorhilker zu Cum-Cum-Betrug: “Politiker werden durch Finanzlobby systematisch beeinflusst”
12. Immer mehr befristete Angebote: Mieten steigen doppelt so stark wie Inflation
13. KI-Euphorie wird enttäuscht: Führungskräfte sehen die Zukunft so düster wie seit Jahren nicht
14. Bundeswehr will wohl Rostocker Flughafen übernehmen und ausbauen
15. Ministerin wurde als Frau ausgelacht
16. Karlspreis 2026 geht an Mario Draghi

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bemerkenswerter Auftritt in Davos: “Wir erleben gerade einen tiefen Riss”**
   Kanadas Premier spricht in Davos von einer Welt in Auflösung. Er zeichnet ein düsteres Bild von der internationalen Ordnung – und fordert zugleich ein radikales Umdenken. […]
   “Wir wussten insgeheim, dass die regelbasierte Ordnung von Politik ein Stück weit Augenwischerei war. Uns war klar, dass der Stärkste innerhalb dieser Ordnung sich nicht mehr an die Regeln halten würde, sobald es ihm passte. Die Globalisierung hatte von Anfang an eine Unwucht. Und auch das internationale Strafrecht ist mal mehr, mal weniger rigoros angewandt worden – abhängig davon, wer gerade angeklagt war.”
   Carneys Rede klang im Grunde wie eine Selbstanklage der liberalen Demokratie. Unter wohlklingenden Etiketten wie ‘regelbasierte Ordnung’ und ‘globaler Handel’ habe man sich lange Zeit etwas vorgemacht. Diese Erzählung sei nützlich gewesen, denn davon hätten viele Nationen und Volkswirtschaften profitiert. Doch diese Erzählung, so Kanadas Premier, sei nur ein Fantasma gewesen, ein Hilfskonstrukt, an das man allzu gern geglaubt habe. “Wir haben uns immerzu davor gedrückt, die Widersprüche zwischen unserer Rhetorik und der Wirklichkeit zu benennen. Doch dieser Kuhhandel funktioniert nicht mehr”.
   Quelle: t-online

   dazu: **The best and most surprising part of Carney’s speech is that he didn’t pretend there was a “rules-based international order” until Trump came and ended it.**
   He admitted the claim was always a fraud, but that the EU, UK and Canada affirmed the lie because it benefited them.
   Quelle: Glenn Greenwald via Twitter/X

2. **Transatlantische Beziehungskrise mit den USA: Wenn der Beschützer zum Aggressor wird**
   Donald Trump verfolgt seine Grönland-Politik, ohne Rücksicht auf die NATO. Was bleibt vom westlichen Bündnis übrig, wenn Dänemark das Territorium aufgeben muss? Und was heißt das für die transatlantische Identität Deutschlands? […]
   Die mutmaßlich entscheidende Bruchstelle für die transatlantische Identität aber ist die Zukunft Grönlands. Aktivitäten der Bundesregierung lassen vermuten, dass sie weiter darauf setzt, als europäischer Klassenbester Juniorpartner der USA zu bleiben. Dafür muss sie Trumps Welt hinnehmen, in der sich eine Politik der Stärke in ihrer übelsten Form Geltung verschafft.
   Merz muss sich entscheiden: für oder gegen Trump
   War eine wohlmeinende US-Hegemonie für die Bundesrepublik allzeit willkommen,

droht nun ein brachiales Vasallentum, in dem der deutsche Kanzler ein persönliches Treueverhältnis zu seinem mächtigen Schutzherrn eingehen muss. Der Griff nach Grönland zeigt, wozu der fähig ist.
Quelle: der Freitag

dazu auch: **Zittern vor dem Handelskrieg**
Das BSW stellte unterdessen die deutsche USA-Politik insgesamt in Frage und forderte eine grundlegende Neuausrichtung. »Die deutsche Politik hing viel zu lange am Rockzipfel der USA«, erklärte BSW-Parteichef Fabio De Masi am Montag abend gegenüber der Frankfurter Rundschau. De Masi forderte Gegenmaßnahmen, die weit über die in der EU diskutierten Vergeltungsmaßnahmen hinausgehen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen müsse »sofort aufgekündigt werden«, so der BSW-Chef. Die Nord-Stream-Gaspipeline solle – eingebettet in einen Waffenstillstand in der Ukraine – wieder in Betrieb genommen werden, um die »die Abhängigkeit von Trumps Fracking-Gas zu reduzieren«.
Quelle: junge Welt

und: **Nouripour erklärt Illner, warum es keine Sanktionen gegen die USA geben wird**
Wirklich bemerkenswert an dieser Talkrunde war indes der Auftritt eines anderen Grünen. In entwaffnender Offenheit legte Omid Nouripour für die gesamte Politikerkaste Deutschlands einen Offenbarungseid ab. Und das kam so:
Ungefähr nach 9 Minuten und 40 Sekunden fragte die Gastgeberin:
“Wenn Sie das so deutlich sagen, wenn die USA also da Völkerrecht brechen, ist das etwas anderes, als wenn Putin Völkerrecht bricht? Müsste man nicht Sanktionen gegen Washington überlegen?”
Hier die Antwort Nouripours:
“Äh, be, dede … im Sinne des Rechts ist es zwingend dasselbe. Aber es geht ja eben nicht nur um Recht, es geht natürlich auch um Politik. Es geht auch natürlich darum, dass wir Abhängigkeiten haben, die wir bei Putin hatten, die wir innerhalb von einem halben Jahr geschafft haben, im Energiebereich abzubauen, aber die wir bei den Amerikanern in der Geschwindigkeit nicht abbauen. Wir können darüber reden, was das bedeutet für unsere Sicherheit, weil wir militärisch abhängig sind. Wir können darüber reden, dass wir technologisch massiv abhängig sind. Wir können aber auch darüber reden, dass wir keine einzige Firma haben in Europa, die eine Kreditkarte anbietet. Das gesamte Zahlungmechanismus, äh, Zahlenmechanismensystem in Europa, es sei denn, wir gehen mit einer EC-Karte zur Sparkasse, ist amerikanisch: von PayPal über Kreditkarten. Wir sind massiv abhängig und dementsprechend ist das

eine ganz andere Art von Bedrohung."
Nicht, dass wir das nicht bereits wussten, dass Deutschland und Europa nur gegenüber Schwächeren den "gerechten" Richter und den gnadenlosen Henker markieren können.
Quelle: RT DE

3. **Huawei und ZTE aus Netzen verbannen**
Deutschland und andere EU-Staaten sollen im Mobilfunk komplett auf die Netzwerktechnik der chinesischen Hersteller Huawei und ZTE verzichten. Die Europäische Kommission will eine Rechtsgrundlage schaffen, die ihr in letzter Instanz ein Nutzungsverbot von Technik besonders risikobehafteter ausländischer Unternehmen ermöglichen würde, wie die Brüsseler Behörde ankündigte. Befürchtet werden Sabotage und Spionage.
Nachdrückliche Empfehlungen an die EU-Länder, Technik von Huawei und ZTE aus Sicherheitsgründen nicht in ihren Mobilfunknetzen zu verwenden, könnten dadurch verpflichtend werden. Die Europäische Kommission hatte sich in der Vergangenheit unzufrieden über die Kooperation der Mitgliedsländer bei dem Thema gezeigt. Ihrer Ansicht nach sind zu wenig Staaten der Empfehlung gefolgt, Huawei und ZTE beim Betrieb von 5G-Mobilfunknetzen auszuschließen.
Quelle: WirtschaftsWoche

Anmerkung Christian Reimann: *Von wegen Schutz der kritischen Infrastruktur. Das ist gelebte Doppelmoral in Deutschland und EU zulasten der eigenen Bevölkerung, denn die chinesischen Anbieter sind bei mindestens vergleichbar guter Qualität günstiger. Ganz anders ist der Umgang mit Technologien aus den USA.*

dazu auch: **EU-Kommission will Huawei und ZTE komplett aus Mobilfunknetz verbannen**
Kritiker wenden zudem ein, dass er widersprüchlich sei, chinesische Technologie mit dem Verweis auf das Risiko eines möglichen geopolitischen Konfliktes mit China und Taiwan zu verbieten, während US-Technologie weiterhin als unkritisch eingestuft wird – und das, obwohl die Trump-Regierung völkerrechtswidrig Venezuela angegriffen hat, den Präsidenten des Landes entführte und zuletzt damit drohte, Grönland, das zum EU-Staat und NATO-Mitglied Dänemark gehört, zu annektieren.
Quelle: RT DE

4. **Rohstoffe sichern? Das eigentliche Problem liegt woanders.**
Die Initiative der USA, gemeinsam mit Europa „kritische Rohstoffe" zu sichern und Abhängigkeiten von China zu reduzieren, greift zu kurz. Sie verfehlt den zentralen

Engpass – und erzeugt damit falsche politische Erwartungen.

- Der Rohstoff-Mythos:
  Der Besitz von Minen ist nicht gleichbedeutend mit strategischer Kontrolle. Entscheidend ist nicht der Abbau („Upstream“), sondern die Verarbeitung („Midstream“): Raffination, Verhüttung, chemische Trennung. Genau dort liegt Chinas Dominanz.

- Das Rohstoffparadoxon:
  Westliche Staaten verfügen über relevante Lagerstätten, haben aber die industrielle Fähigkeit aufgegeben, diese in nutzbare Materialien zu überführen. Ohne eigene Veredelung sind Minen faktisch Zulieferer für chinesische Schmelzwerke – kein sicherheitspolitischer Hebel.

- Chinas eigentliche Macht:
  China kontrolliert nicht primär den Bergbau, sondern bis zu
  – ~90 % der Seltenerd-Trennung,
  – >90 % der Graphitanoden,
  – ~70 % der Lithium-Raffination,
  – ~80 % der Antimon-Verarbeitung.
  Diese Kapazitäten sind der reale Engpass für Elektromobilität, Energienetze, KI-Infrastruktur und Rüstung.

- Warum „Diversifizierung“ oft Illusion ist:
  Auch westliche oder verbündete Minen sind häufig über Abnahmeverträge, Kreditauflagen und Preisbindungen an chinesische Verarbeiter gekoppelt. Geografische Streuung ersetzt keine industrielle Souveränität.

Quelle: Arno Gottschalk via Twitter/X

5. **Trump veröffentlicht Privatnachricht: Macron schlägt G7-Treffen mit Russland und Dänemark am Donnerstag vor**
   Der französische Präsident Emmanuel Macron hat ein Treffen im G7-Format mit einer Beteiligung Russlands und Dänemarks vorgeschlagen. Das geht aus privaten Textnachrichten zwischen Macron und Trump hervor, die der US-Präsident auf der Plattform Truth Social teilte. Der Élysée-Palast bestätigte der Deutschen Presse-Agentur die Echtheit der Nachrichten.
   US-Präsident Donald Trump hatte einen Screenshot einer Nachricht auf seiner Plattform Truth Social veröffentlicht, die Macron ihm schickte. Darin heißt es: „Wir

sind uns über Syrien einig, wir können großartige Dinge in Sachen Iran tun, ich verstehe nicht, was du bei Grönland tust.“ Und weiter: „Ich kann nach Davos ein G7-Treffen am Donnerstag in Paris organisieren. Ich kann die Ukrainer einladen, die Dänen, die Syrer und die Russen am Rande.“
Quelle: Tagesspiegel

dazu: **Trump lehnt Teilnahme am G7-Notgipfel ab und stellt den Wert der NATO für die USA infrage**
US-Präsident Donald Trump wird nicht an einem von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagenen Notgipfel der Gruppe der Sieben teilnehmen. Am Dienstag äußerte Trump zudem Zweifel daran, ob die NATO-Verbündeten die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs tatsächlich unterstützen würden.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Noch hoffen insbesondere die EU-Nato-Staaten auf die Zeit nach Trump als US-Präsident. Aber selbst, wenn ein Demokrat sein Nachfolger werden sollte, ist ungewiss, ob er alles rückgängig machen würde und den europäischen Staaten helfen oder an der neuen US-Sicherheitsstrategie festhalten wird.*

dazu auch: **Trump zieht Verbindung zwischen Grönland-Anspruch und Nobelpreis: „Ich fühle mich nicht mehr verpflichtet, ausschließlich an Frieden zu denken“**
Der US-Präsident verfolgt weiterhin seinen umstrittenen Grönland-Plan. In einer SMS hat er sich offenbar an Norwegens Regierungschef gewandt und seine Ansprüche mit dem Friedensnobelpreis verknüpft.
Quelle: Tagesspiegel

und: **Inseln im Indischen Ozean sind die nächste Front im Kampf um Grönland**
Trump attackiert die Übergabe der Chagos-Inseln durch Großbritannien an Mauritius, obwohl die US-britische Militärbasis auf Diego Garcia davon ausgenommen ist
Auf der Suche nach Gründen, warum die USA unbedingt Grönland besitzen müssen, hat Präsident Donald Trump am Dienstag eine neue Front eröffnet: Er greift die britische Regierung an, weil sie mit dem Inselstaat Mauritius die Übergabe der Chagos-Inselgruppe vereinbart hat. Ein Teil davon ist das Atoll Diego Garcia, auf dem die USA und das Vereinigte Königreich seit den 1960er-Jahren einen strategisch wichtigen Militärstützpunkt betreiben.
Quelle: der Standard

6. **Der Drang der US-Milliardäre zur Weltmacht**
   Die Bundesregierung hält sich eine Teilnahme an dem „Board of Peace“ offen, das offiziell den Wiederaufbau des Gazastreifens lenken soll, dabei aber von US-Präsident Donald Trump mit diktatorischen Vollmachten geführt wird und nach verbreiteter Einschätzung die Vereinten Nationen ersetzen soll. Trump wird das neue Gremium übereinstimmenden Berichten zufolge am Mittwoch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorstellen und die rund 60 Staaten benennen, die er als Mitglieder zulassen will. Einerseits soll es tatsächlich den Gaza-Wiederaufbau steuern, bei dem Palästinenser lediglich im Rahmen der lokalen Verwaltung praktische Aufgaben übernehmen dürfen, während die politische Steuerung ausschließlich fremden Regierungen und Milliardären obliegt. Von einer neuen Mandatsherrschaft, diesmal aber nicht aus London geführt, sondern aus Washington, ist die Rede. Dabei ist der Vorsitz im „Board of Peace“ – im Kern lebenslänglich – für Trump persönlich reserviert, der nach Belieben Mitglieder hinauswerfen und Entscheidungen per Veto verhindern kann. Das Gremium soll „Institutionen“ ersetzen, die „allzu oft gescheitert“ sind – die UNO. Frankreich lehnt die Mitgliedschaft ab, Deutschland nicht.
   Quelle: German Foreign Policy
7. **Hoffnung auf das andere Amerika**
   Mit seiner Antrittsrede machte John F. Kennedy vor 65 Jahren Hoffnung. Welch ein Kontrast zum Rüpel Trump.
   Kürzlich habe ich mir auf Youtube die Antrittsrede von John F. Kennedy angeschaut. Wieder hat sie mich bewegt. Sie hat mich angerührt und ergriffen. Kennedy hat sie vor genau 65 Jahren gehalten, gleich nach seinem Amtseid als 35. Präsident der Vereinigten Staaten; am 20. Januar 1961 vor dem Kapitol in Washington.
   Kennedys Inaugurationsrede ist nicht lang, sie dauert keine 15 Minuten. Es ist eine Gänsehaut-Rede, zum Weinen schön fast – obwohl es sich eigentlich um eine Kalter-Krieg-Rede handelt – allerdings um eine aussergewöhnlich gelungene und kluge.
   Zum Weinen schön? Das liegt nicht nur an der Zuversicht, die sie schafft; das liegt nicht nur an der Hoffnung, die sie weckt; das liegt nicht nur an der Solidarität mit den Verbündeten, die sie verspricht. Das liegt auch am Kontrast zum rhetorischen Getrampel des amtierenden US-Präsidenten Trump.
   Es ist der grösstmögliche Kontrast, den man sich vorstellen kann.
   Quelle: Heribert Prantl auf Infosperber

   dazu auch: **Wie ICE-Razzien die US-Gewerkschaften spalten sollen**
   Trumps Migrationspolitik soll amerikanische Arbeiter gegen ihre migrantischen Kollegen aufbringen. Das Gegenteil geschieht.
   Donald Trumps harte Abschiebepolitik zielt unter anderem darauf ab, US-

amerikanische Beschäftigte gegen ihre migrantischen Kolleginnen und Kollegen auszuspielen. Menschen mit Migrationshintergrund sollen als deutlich anders wahrgenommen werden, ob sie ein Aufenthaltsrecht haben oder nicht. Jüngste Social-Media-Posts des US-Arbeitsministeriums gehen deutlich in Richtung «White Supremacy» und werden sogar als faschistisch kritisiert.
Quelle: Infosperber

und: **Trump und seine Show**
Der US-Angriff auf Venezuela, um Maduro und seine Frau aus ihrem Schlafzimmer zu zerren, beweist vor allem eines: Der Planet ist ein Irrenhaus, und Trump hat jetzt den Schlüsselbund dazu in der Hand.
Jeder kann von Donald Trump halten, was er will. Auch von Nicolás Maduro Moros kann jeder halten, was er will. Und die beiden können ebenso voneinander wenig halten. Doch jetzt ist es offiziell belegt und immer wieder nachschlagbar: Das Völkerrecht gilt nicht für jeden und wurde sowieso noch niemals nirgendwo durch eine unabhängige Instanz und Allianz überwacht und durchgesetzt. Es gelte, ach wie nett, ein Gewaltverbot zwischen den Staaten. Sagt wer? Seit dem Jahr 1789 haben die USA weltweit 469 Militärinterventionen, wie Kriege auch mal genannt werden dürfen, durchgeführt. Davon allein 251 in den Jahren 1991 bis 2022. Hinzu kommen die Kriege all der anderen. Wer wo und wann in die Knie gezwungen wird, bestimmen die Jungs mit den längsten Kanonen und ihre Finanziers im Hintergrund. Und die sitzen in der City of London und in New York, wo Maduro heute kniet.
Quelle: Manova

8. **Der Schock des Entzugs**
   Ein YouTube-Kanal verschwindet für Stunden, ein Wissenschaftler verliert für Monate oder Jahre den Zugriff auf ein Stück Lebenswerk. Was als technischer Vorgang erscheint, offenbart eine politische Realität, die für Betroffene mit voller Wucht eintritt. Entzug ersetzt Begründung, Verwaltung ersetzt Recht und Neutralität wird zur Abweichung. Der Fall „Neutrality Studies“ und die Sanktionierung des Schweizer Militäranalysten Jacques Baud zeigen, wie fragil Öffentlichkeit und Existenz im digitalen wie im administrativen Raum geworden sind.
   Quelle: Globalbridge

   dazu auch: **Nach EU-Sanktionen: Bank verlängert Kontosperrung von Berliner Journalisten**
   Die Kontosperre gegen den Berliner Journalisten geht weiter. Trotz Notlage gewährt das Gericht der Comdirect mehr Zeit – während Doğrus Kinder ohne Nahrung dastehen.

Der Berliner Journalist Hüseyin Doğru befindet sich inzwischen in der zweiten Woche ohne jeglichen Zugriff auf Geld. Die Bank Comdirect hat ihm nicht nur das Konto gesperrt, sondern auch den Zugang zu einem zuvor genehmigten Existenzminimum in Höhe von 506 Euro blockiert. Seit zehn Tagen könne er seine drei Kinder, darunter zwei Neugeborene, nicht einmal mehr mit dem Nötigsten wie Nahrung versorgen – trotz Intervention seines Anwalts, so Doğru.
Quelle: Berliner Zeitung

und: **Wie der "Fall" Baud und andere möglich wurden und wer die Verantwortung trägt**
Fast immer wird die Europäische Kommission als die dafür schuldige Institution an den Pranger gestellt. Das ist falsch, und es ist politisch hochgefährlich. Natürlich stellt sich die Kommission öffentlich gerne als die „Spinne im Netz" dar. Aber die EU ist komplizierter. Man kann, ja muss, jede Institution einschließlich der Europäische Kommission für das kritisieren, was sie verbocken. Aber alles, was einem an der EU nicht passt, der Kommission in die Schuhe zu schieben, zeigt nur, dass das Unbehagen gegenüber der EU sehr groß, aber der Wissenstand über die tatsächlichen Vorgänge in der EU eher bescheiden ist.
Was nun die jüngsten Sanktionsentscheidungen des Rates gegen -vereinfacht ausgedrückt – „Sprachrohre des Kremls" betrifft: Die Kommission hat damit gar nichts zu tun.
Quelle: Petra Erler

9. **Kampf statt Kapitulation**
Syrien: Heftige Gefechte zwischen kurdischen Verteidigungskräften und Regierungstruppen. Zahlreiche Mitglieder des »Islamischen Staates« aus Gefängnissen entkommen
Kurdische Streitkräfte in der Autonomieregion Rojava im Norden Syriens leisten heftigen Widerstand gegen das Vordringen von Truppen der islamistischen Regierung von Damaskus. Nicht nur die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ sowie christliche Milizen, sondern auch viele zuvor im Selbstschutz ausgebildete Zivilisten haben im Zuge der von der Autonomieverwaltung ausgerufenen Generalmobilmachung zu den Waffen gegriffen. Die an der türkischen Grenze gelegene Stadt Kobani wird von drei Seiten von Regierungstruppen belagert, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sind gekappt. Die Türkei als treibende Kraft der Offensive ihrer syrischen Verbündeten gegen die Autonomieregion griff südlich von Kobani mit Kampfdrohnen direkt in die Gefechte ein.
Quelle: junge Welt

10. **Sparjahre für alle? Nicht für die obersten zehn Prozent**
    Während Bund, Länder und Kommunen Sparmaßnahmen verkünden, wächst das private Geldvermögen auf über zehn Billionen Euro.
    Die Meldungen gleichen sich – ob Landeshaushalt oder Finanzen der Kommunen: Überall fehlt Geld für die Jahresplanung, es werden Sparmaßnahmen verkündet. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) warnt vor Sparjahren, da zwischen 2027 und 2029 im Bundeshaushalt ein Loch von 172 Milliarden Euro bestehen soll. "Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse", sagt Bundeskanzler Merz und kündigt Kürzungen an.
    Dabei bleibt in der Regel unerwähnt, dass privates Vermögen wächst – aber ungleich verteilt ist. Das Geldvermögen steigt seit Jahren. Die DZ Bank geht in einer aktuellen Hochrechnung davon aus, dass das nominale Geldvermögen im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um gut sechs Prozent oder knapp 600 Milliarden Euro auf über zehn Billionen Euro angewachsen ist.
    Quelle: Telepolis
11. **Ex-Ermittlerin Brorhilker zu Cum-Cum-Betrug: "Politiker werden durch Finanzlobby systematisch beeinflusst"**
    Mit Cum-Cum-Geschäften prellten Banken den deutschen Staat um knapp 30 Milliarden Euro. Trotzdem sprechen Politiker lieber über Sozialbetrug. Warum das so ist und was Hessen beim Eintreiben der entgangenen Steuermilliarden gut macht, erläutert Ex-Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker im Interview. […]
    Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums haben wir bei Cum-Ex etwa 3,1 Milliarden Euro zurückgeholt – bei einem geschätzten Steuerschaden von rund zehn Milliarden Euro. Bei Cum-Cum gehen wir davon aus, dass der deutsche Staat und seine Steuerzahler um etwa 28 Milliarden Euro betrogen wurden – wiedergeholt wurden laut Bundesfinanzministerium bislang rund 227 Millionen Euro, also gerade mal ein Prozent.
    Quelle: hessenschau
12. **Immer mehr befristete Angebote: Mieten steigen doppelt so stark wie Inflation**
    Wer eine Wohnung in deutschen Städten sucht, begibt sich auf einen umkämpften Markt. Während die Mieten steigen, sinkt das Angebot. Gerade in Metropolen werden die Konditionen für Mieter härter.
    Die Mieten in Deutschland haben zum Jahresende 2025 vielerorts deutlich angezogen. Im vierten Quartal stiegen die Angebotsmieten um 4,5 Prozent zum Vorjahreszeitraum, rund doppelt so stark wie die allgemeine Inflation, zeigt der GREIX-Mietpreisindex, der vom Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) herausgegeben wird. Verglichen mit dem dritten Quartal lag das Plus in den 37 untersuchten Städten und Regionen bei 1,0 Prozent.

Quelle: Volksstimme

dazu auch: **Neue Studie: In Deutschland fehlen 1,4 Millionen Wohnungen**
Die Wohnungsnot hat bundesweit einen Rekordwert erreicht, und die Lage soll sich erst mal nicht bessern. Zu dem Ergebnis kommt das Pestel-Institut in einer neuen Studie. Vor allem westliche Bundesländer seien betroffen.
Quelle: DER SPIEGEL

13. **KI-Euphorie wird enttäuscht: Führungskräfte sehen die Zukunft so düster wie seit Jahren nicht**
Nur noch drei von zehn Unternehmenschefs weltweit rechnen einer Umfrage zufolge mit Umsatzwachstum – so wenige wie seit Jahren nicht mehr. Für Deutschland sind die Zahlen sogar noch alarmierender. Immerhin: Bei internationalen Investitionen bleibt Deutschland eine der Top-Destinationen weltweit.
In den Vorstandsetagen weltweit blickt man einer Umfrage zufolge so pessimistisch auf das eigene Unternehmen wie lange nicht. Das Vertrauen in die Umsatzaussichten der Firmenchefs ist auf ein Fünfjahres-Tief gesunken. Das geht aus einer Umfrage der Beratungsgesellschaft PwC unter rund 4.450 Unternehmenschefs in 95 Ländern und Regionen hervor, die zum Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht wurde.
Quelle: n-tv
14. **Bundeswehr will wohl Rostocker Flughafen übernehmen und ausbauen**
Immer weniger Menschen nutzen den Rostocker Flughafen für ihre Urlaubsreisen. Die Bundeswehr benötigt dort jedoch dringend mehr Kapazitäten. In Berlin arbeitet man einem Bericht zufolge deshalb bereits daran, den Airport zu übernehmen. Die Betreiber wissen noch nichts davon.
Quelle: n-tv
15. **Ministerin wurde als Frau ausgelacht**
Selten sind patriarchale Strukturen in der Politik so gut erkennbar, wie bei einem aktuellen Anschauungsbeispiel aus Deutschland. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas erläuterte Ende November beim Arbeitgebertag die Rentenreform. Laut Medienberichten sagten Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Kanzler Friedrich Merz (CDU) an diesem Anlass inhaltlich etwa das Gleiche. Doch der männlich dominierte Saal lachte nur Bas während ihrer Rede zweimal aus. Klingbeil sagte später in der TV-Sendung «Maischberger»: «Ich habe kurz vor Bärbel Bas auf diesem Arbeitgebertag geredet. Mir wurde applaudiert. Die Frau wird ausgelacht. Finde ich dann auch sehr komisch. Obwohl wir beide das Gleiche gesagt haben.»
Quelle: Infosperber
16. **Karlspreis 2026 geht an Mario Draghi**

Mit dem Karlspreis wird in diesem Jahr Mario Draghi ausgezeichnet. Das teilte das Karlspreis-Direktorium in Aachen mit. Draghi war italienischer Ministerpräsident und langjähriger Vorsitzender der Europäischen Zentralbank. Draghi habe mit seiner Ankündigung "Whatever it takes" ("Koste es, was es wolle") in einer "dramatischen Situation den Euro gerettet und den europäischen Binnenmarkt und die Währungsunion vor dem Scheitern bewahrt", sagte der Vorsitzende des Karlspreisdirektoriums, Armin Laschet, zur Begründung.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *In diese Riege der Preisträger passt der transatlantisch gut vernetzte, ehemalige Goldmann Sachs Banker recht gut. Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut:*

a. *Karlspreis: Gegründet von einem elitären Zirkel ehemaliger NSDAP- und SA-Mitglieder, und als Namensgeber dient „der Sachsenschlächter"*
b. *EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wird mit dem Karlspreis geehrt – wegen ihrer Verdienste?*